

■ Löhne: Niedrigtarife auf dem Rückzug	2
■ Equal Pay Day: Frauen nicht nur beim Lohn im Nachteil	3
■ Arbeitsmarkt: Jobwunder kein Effekt der Agenda 2010	4
■ Wirtschaftspolitik: Neue Maßstäbe für Wohlstand	6
■ Politiker: Aufsteiger regieren sozialer	7
■ TrendTableau	8

EUROPA

Die unvollendete Währungsunion

Feuerwehreinätze der Europäischen Zentralbank sind keine Dauerlösung. Die Konstruktionsfehler der Währungsunion müssen erkannt und behoben werden, sagt der Ökonom Paul De Grauwe.

Auch wenn es im nördlichen Europa, vor allem in Deutschland, so gesehen wird: Der Grund für die Eurokrise ist keineswegs eine verschwenderische Haushaltspolitik der Mittelmeerländer, betont der Euro-Experte Paul De Grauwe von der Universität Leuven.* Der Wirtschaftsprofessor und leitende Wissenschaftler am Centre for European Policy Studies verweist auf die Schuldenquoten der Euroländer. Zwischen 2000 und 2007 sind sie fast überall gefallen.

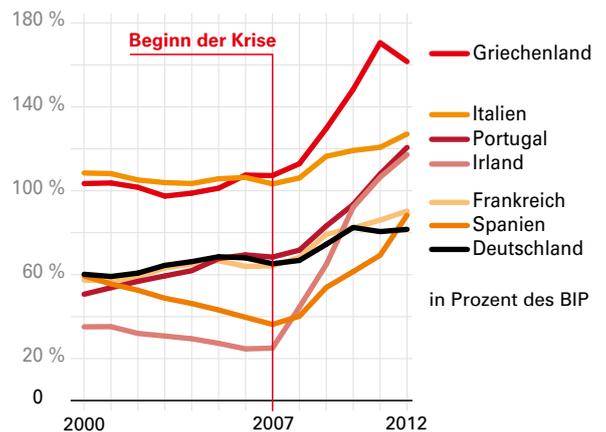
Was die Verschuldung südeuropäischer Staaten in den folgenden Jahren in die Höhe getrieben hat, waren laut De Grauwe vor allem private Fehlspekulationen. Diese hätten die Regierungen dazu gezwungen, in die Bresche zu springen. Der Wissenschaftler spricht von einer „tödlichen Umarmung“ zwischen Staaten und Banken: Wenn einer von beiden Sektoren in finanzielle Schwierigkeiten gerate, ziehe er den anderen mit in den Abgrund. Und das könne leicht geschehen, denn Boomphasen mit starker Verschuldung, die in einer Krise enden, seien in der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung eher der Normalfall als eine Ausnahmeerscheinung.

Deshalb hätten die meisten Nationalstaaten Vorkehrungen getroffen, um Konjunkturkrisen abzufedern. Dazu zählen die so genannten automatischen Stabilisatoren im Staatshaushalt: Die Ausgaben, zum Beispiel für die Arbeitslosenunterstützung, steigen in der Rezession automatisch an und wirken der wirtschaftlichen Abwärtsbewegung entgegen. Ein anderer wichtiger Faktor sind nach De Grauwe die Zentralbanken. Diese seien „ursprünglich nicht geschaffen worden, um die Preise stabil zu halten“, sondern wegen der „inherenten Instabilität des Kapitalismus“, also um im Ernstfall sowohl die Banken als auch den Staat zu finanzieren.

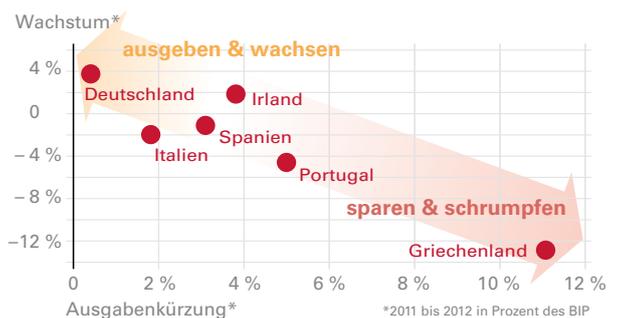
Der Konstruktionsfehler der Währungsunion besteht dem Wissenschaftler zufolge darin, dass die einzelnen Eurostaaten auf diese Instrumente zur Krisenbekämpfung verzichten mussten. Statt automatische Stabilisatoren wirken zu lassen, würden sich die Länder nun noch tiefer in die Krise sparen. Zudem haben sie keine eigenen Zentralbanken mehr, die die Stabilisierungsaufgabe übernehmen könnten. Den endgültigen Kollaps haben Interventionen der Europäischen Zentralbank (EZB) bisher zwar verhindert, so De Grauwes Analyse.

Schuldensprung durch die Krise

Die Staatsverschuldung entwickelte sich in ...



Wirtschaftswachstum und Sparpolitik



Aber man könne „auf Dauer nicht immer die EZB bitten, die Feuer zu löschen“.

Wenn der Euro überleben soll, ist sich der Wissenschaftler sicher, müsste die Währungsunion zu einer Fiskalunion weiterentwickelt werden und die EZB ihr neues Selbstverständnis als „Lender of last resort“ beibehalten. So könnten die auf nationaler Ebene entfallenen Stabilisierungsinstrumente auf der überstaatlichen Ebene neu errichtet werden. ◀

* Quelle: Paul De Grauwe: Design Failures in the Eurozone: Can they be fixed?, LSE Discussion Paper, London School of Economics, Februar 2013
Link zur Studie: boecklerimpuls.de

Niedrigtarife auf dem Rückzug

Die Zahl der tariflichen Vergütungsgruppen im Niedriglohnbereich ist erneut gesunken. Aktuell sehen 11 Prozent Stundenlöhne unter 8,50 Euro vor.

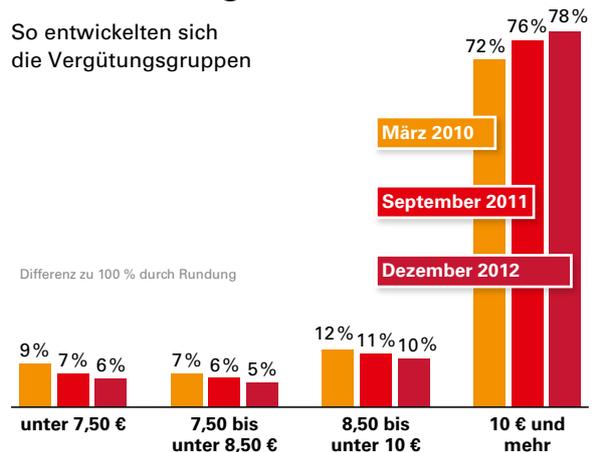
Das Tarifsystem hat in den vergangenen Jahren die Lohnentwicklung in Deutschland wesentlich stabilisiert, zeigen Untersuchungen des WSI-Tarifarchivs.* So lagen die tariflichen Löhne 2012 real um knapp 7 Prozent höher als im Jahr 2000. Dagegen sanken die Bruttoverdienste, also die Größe, die unter anderem auch die Löhne von Beschäftigten ohne Tarifvertrag erfasst, inflationsbereinigt um 1,8 Prozent. Allerdings zeigen sich auch die Grenzen des Tarifsystems. Ein Indikator ist für die Forscher des Tarifarchivs die Zahl der tariflichen Vergütungsgruppen mit Einstiegslohnen im Niedriglohnbereich.

Für ihre aktuelle Auswertung haben die Wissenschaftler mehr als 4.700 Vergütungsgruppen aus Tarifverträgen untersucht, die DGB-Gewerkschaften abgeschlossen haben. Dabei betrachteten sie 41 Branchen und Wirtschaftszweige. Die große Mehrheit der Vergütungsgruppen, rund 89 Prozent, sieht Stundenlöhne über 8,50 Euro vor. Insgesamt 78 Prozent beginnen mit mindestens 10 Euro. Letzteres gilt in großen Branchen wie der Metall- und der Chemieindustrie, der Abfallwirtschaft, dem Bank- und dem Bauhauptgewerbe für alle oder nahezu alle Tarifgruppen. Das Tarifsystem setzt so Untergrenzen oberhalb der Niedriglohnschwelle.

In 528 Vergütungsgruppen, 11 Prozent der Stichprobe, ist das jedoch anders. Bei 6 Prozent liegen die Einstiegsgehälter unter 7,50 Euro, bei weiteren 5 Prozent sind es zwischen 7,50 Euro und 8,50 Euro pro Stunde. Zwar dürften manche der unteren Tarifgruppen nur für recht wenige, gering qualifizierte Mitarbeiter gelten. Aber in etwa einem Dutzend Wirtschaftszweige seien tarifliche Niedriglöhne relativ weit verbreitet, erklärt Reinhard Bispinck, der Leiter des Tarifarchivs. Dazu zählen verschiedene Handwerks- und Dienstleis-

Mehr Einstiegstarife über 10 Euro

So entwickelten sich die Vergütungsgruppen



Differenz zu 100 % durch Rundung

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

tungsbranchen sowie die Landwirtschaft – Bereiche, in denen es oft viele kleinere Unternehmen und relativ wenig organisierte Arbeitnehmer gibt. Niedrige Tarifvergütungen fänden sich zudem in älteren Tarifverträgen, die die Gewerkschaften seit längerem nicht durch neue, bessere ersetzen konnten. Immerhin: Insgesamt ist der Anteil zurückgegangen. Im September 2011 lagen noch 13 Prozent aller Vergütungsgruppen unter der Lohnschwelle von 8,50 Euro im März 2010 waren es 16 Prozent.

„Gewerkschafter stehen in schwierigen Branchen bei Tarifverhandlungen immer wieder vor der Alternative, niedrigen Tarifen zuzustimmen oder ganz auf eine tarifliche Regulierung zu verzichten“, sagt Bispinck. „Umso wichtiger ist es, dass durch neue Tarifabschlüsse eine Verbesserung der Situation erreicht werden konnte. Im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Erwerbsgartenbau und im Friseurhandwerk konnte die Zahl der Vergütungsgruppen unter 7,50 Euro reduziert werden. In der Leiharbeit gibt es keine Gruppe in diesem Bereich.“

Bispincks Analyse zeigt auch, dass sehr niedrige Tarifvergütungen besonders in Ostdeutschland ein Problem sind. Zudem sind auch bei Mindestlohnverträgen nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz

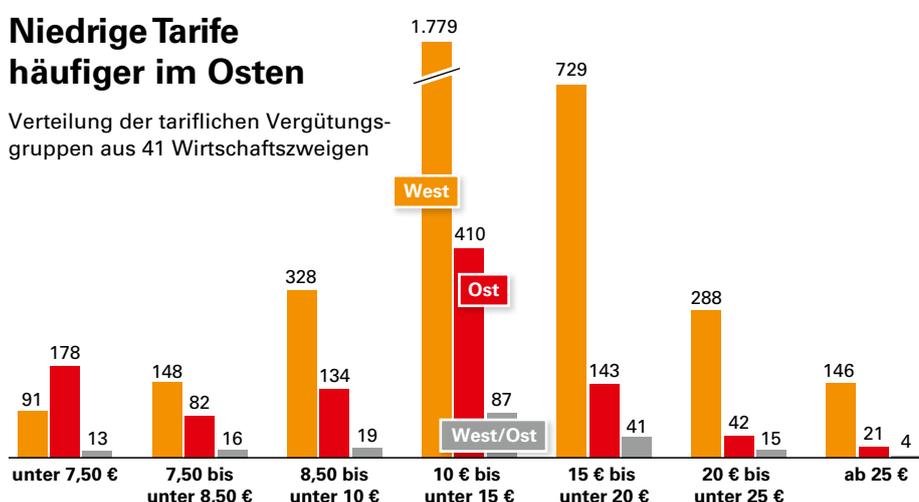
einige Vergütungsgruppen unter 8,50 Euro angesiedelt.

Die Ergebnisse sprechen nach Auffassung des Tarifexperten für die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro. „Er würde auch für viele Tarifbeschäftigte eine effektive Erhöhung ihrer Einkommen bedeuten“, so Bispinck. ◀

* Quelle: Reinhard Bispinck/ WSI-Tarifarchiv: Tarifliche Vergütungsgruppen im Niedriglohnbereich 2012, Elemente qualitativer Tarifpolitik 75, März 2013
Link zur Studie:
boecklerimpuls.de

Niedrige Tarife häufiger im Osten

Verteilung der tariflichen Vergütungsgruppen aus 41 Wirtschaftszweigen



Quelle: WSI-Tarifarchiv 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Frauen nicht nur beim Lohn im Nachteil

Bei der Entgeltgleichheit gehört Deutschland zu den Schlusslichtern in Europa. In einzelnen Berufsgruppen beträgt der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen bis zu 31 Prozent.

Europäische Männer haben 2010 im Schnitt 16,2 Prozent mehr verdient als Frauen, teilte die EU-Kommission anlässlich des europaweiten Equal Pay Day mit.* Das ist der Tag, an dem Frauen das Jahresgehalt ihrer männlichen Kollegen aus dem vergangenen Jahr eingeholt haben. EU-weit fiel dieser Tag auf den 28. Februar.

Im Jahr 2009 betrug der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen im EU-Durchschnitt noch 17 Prozent. Der leichte Rückgang beim Lohngefälle verdankt sich allenfalls teilweise einer besseren Bezahlung von Frauen: Hauptgrund für die Entwicklung seien sinkende Einkommen der Männer, erklärt EU-Kommissarin Viviane Reding. Denn die Wirtschaftskrise habe sich in vielen Ländern besonders stark auf Branchen mit einem hohen Männeranteil ausgewirkt, wie beispielsweise das Baugewerbe, und dort zu Lohnsenkungen geführt. Zudem arbeiteten mehr Männer in Teilzeit.

Zwischen den Mitgliedstaaten gibt es bei der Entgeltgleichheit große Unterschiede: Am besten kommen im europäischen Vergleich Slowenien, Polen und Italien weg, die Verdienstabstände zwischen 0,9 und 5,3 Prozent aufweisen. Deutschland hinkt mit 22,3 Prozent weit hinterher, nur Österreich und Estland erreichen noch schlechtere Werte. Dementsprechend fällt der Equal Pay Day 2013 hierzulande erst auf den 21. März.

Einzelheiten zur Benachteiligung von Arbeitnehmerinnen in Deutschland lassen sich dem Webportal lohnspiegel.de entnehmen, das vom WSI-Tarifarchiv betreut wird. Rund 16.000 Personen haben den Lohnspiegel-Fragebogen 2012 ausgefüllt, darunter 5.600 Frauen. Die Befragung stelle zwar keine repräsentative Stichprobe dar, so der Leiter des WSI-Tarifarchivs Reinhard Bispinck. Sie liefere aber durchaus verlässliche Anhaltspunkte. Der Unterschied beim durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst der befragten Frauen und Männer beträgt bei gleicher Arbeitszeit rund 21 Prozent, deckt sich also in etwa mit den Zahlen der EU-Kommission. Das Ausmaß der Entgeltungleichheit schwankt mit dem Alter der Beschäftigten: Bei jüngeren Frauen zwischen 25 und 30 Jahren liegt der Abstand bei 15 Prozent, bei Frauen zwischen 36 und 40 Jahren bei 19 Prozent und in der Altersgruppe zwischen 51 und 55 Jahren erreicht er gut 25 Prozent.

Der Einkommensrückstand von Frauen lässt sich fast über das gesamte Berufsspektrum beobachten, allerdings mit erheblichen Unterschieden. Er reicht von 3 Prozent bei den Technischen Zeichnern über 9 Prozent bei Juristen, 18 Prozent bei Chemielaboranten, 28 Prozent bei Versicherungskaufleuten bis zu 31 Prozent bei Zahntechnikern. Nur in wenigen Berufen liegt das Einkommen der Frauen über dem der Männer. So verdienen Softwareingenieurinnen 2 und Informatikerinnen 5 Prozent mehr als ihre Kollegen.

Nicht nur beim monatlichen Gehalt, sondern auch bei Sonderzahlungen haben Frauen das Nachsehen: Fast 57 Prozent der Männer haben nach eigenen Angaben eine Sonderzahlung in Form eines Weihnachtsgeldes erhalten, Frauen dagegen nur zu rund 52 Prozent. Von den männlichen Beschäftigten bekamen gut 50 Prozent Urlaubsgeld, von den

weiblichen lediglich 39 Prozent. Männer konnten sich zu 21 Prozent über eine Gewinnbeteiligung freuen, Frauen dagegen nur zu 11 Prozent.

Während fast die Hälfte der Männer angab, im vergangenen Jahr von ihrem Arbeitgeber eine Weiterbildung bekommen zu haben, sind es bei den Frauen mit gut 45 Prozent etwas weniger. Frauen gaben dagegen öfter an, im gleichen

Frauen: Gleiche Arbeit, weniger Geld

Der monatliche Bruttoverdienst* beträgt für ...

Beruf	Männer	Frauen	Differenz
Zahntechniker/in	2.710 €	1.882 €	-31 %
Versicherungskaufmann/-frau	4.122 €	2.975 €	-28 %
Koch/Köchin	1.983 €	1.578 €	-20 %
Verwaltungsfachangestellte/r	3.153 €	2.585 €	-18 %
Chemielaborant/in	3.469 €	2.851 €	-18 %
Bankkauffrau/-mann	3.824 €	3.158 €	-17 %
Maschinenbautechniker/in	3.866 €	3.246 €	-16 %
Dipl.-Kaufmann/-frau	4.606 €	3.949 €	-14 %
Bürokauffrau/-mann	2.407 €	2.105 €	-13 %
Jurist/in	4.626 €	4.206 €	-9 %
Krankenschwester/-pfleger	2.505 €	2.332 €	-7 %
Technische Zeichner/in	2.515 €	2.450 €	-3 %
Softwareingenieur/in	3.987 €	4.052 €	2 %
Informatiker/in	3.966 €	4.153 €	5 %

* ohne Sonderzahlungen; Quelle: lohnspiegel.de 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Zeitraum eine Weiterbildung selbst finanziert zu haben, nämlich zu 20 Prozent im Vergleich zu knapp 16 Prozent bei den Männern. Rund ein Fünftel der Frauen, aber fast 31 Prozent der Männer geben an, dass sie in dem Betrieb, in dem sie arbeiten, einmal befördert worden sind.

28 Prozent der Frauen mit Hochschulabschluss haben eine Führungsposition. Bei den Männern sind es 43 Prozent. Weibliche Führungskräfte erhalten auch bei gleicher Hierarchiestufe ein deutlich geringeres Gehalt. Frauen mit Hochschulabschluss bekommen als Abteilungsleiterinnen einen Lohn, der im Schnitt 21 Prozent unter dem von Männern in derselben Position liegt. ◀

* Quellen: Europäische Kommission: Tackling the gender pay gap in the European Union, Februar 2013; Internetportal lohnspiegel.de
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Jobwunder kein Effekt der Agenda 2010

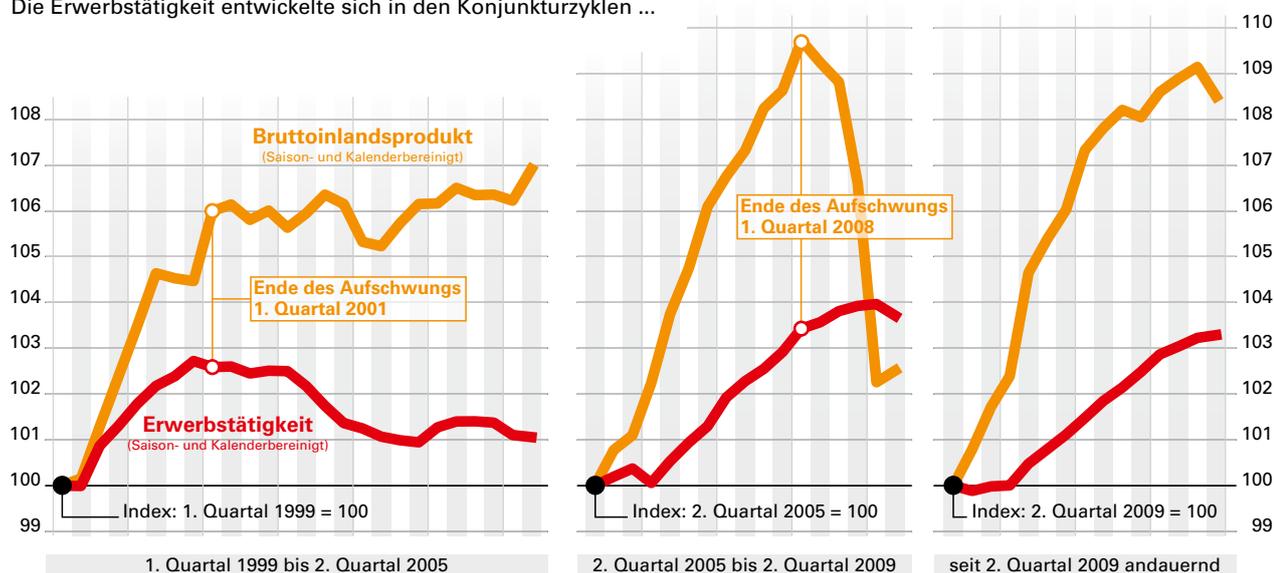
Die Erwerbstätigkeit in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Ist das ein Beweis für die Wirksamkeit der Agenda 2010? Nein – eine Analyse der Daten liefert dafür keine Indizien, resümiert das IMK.

Haben sich die Arbeitsmarktreformen der Agenda zehn Jahre nach ihrer Ankündigung und gut acht Jahre nach dem Inkrafttreten von Hartz IV als erfolgreich erwiesen? Auf den ersten Blick könnte man das annehmen: Die Zahl der Erwerbstätigen erreicht Rekordstände und ist weit höher als vor einem Jahrzehnt. Doch liegt das wirklich an den Maßnahmen, die der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder

Folge dieses Wandels: Das Arbeitsvolumen, die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden, lag 2012 nicht höher als 1994. „Gesamtwirtschaftlich fand also eine Umverteilung der Arbeit auf eine deutlich größere Anzahl von Erwerbstätigen durch Arbeitszeitverkürzung statt“, so Horn und Herzog-Stein. Die Stagnation beim Arbeitsvolumen relativiere die eindrucksvolle Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen. Und

Zunahme der Erwerbstätigkeit: Entscheidend bleibt die Konjunktur

Die Erwerbstätigkeit entwickelte sich in den Konjunkturzyklen ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2012, Berechnungen IMK | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

im März 2003 in seiner Agenda-Rede skizziert hat? Gustav Horn und Alexander Herzog-Stein, der Wissenschaftliche Direktor und der Arbeitsmarktexperte des IMK, haben die Arbeitsmarktentwicklung vor und nach den Reformen untersucht.* Ihr Ergebnis: Hartz & Co. haben die Erwerbstätigkeit nicht erkennbar beeinflusst. Weitaus bedeutsamer war die gelungene Stabilisierungspolitik während der Wirtschaftskrise 2008/2009. Die wichtigsten Befunde:

Mehr Erwerbstätige bei stagnierendem Arbeitsvolumen. 41,6 Millionen Menschen waren im Jahresdurchschnitt 2012 als Arbeitnehmer oder Selbstständige erwerbstätig. Das waren rund 2,7 Millionen mehr als 2003. Doch der Wachstumstrend begann keineswegs in den Agenda-Jahren, sondern viel früher, zeigen die Forscher. Schaut man auf die gesamte Phase seit der deutschen Vereinigung, so war der Tiefststand bereits im Jahr 1994 mit rund 37,7 Millionen Erwerbstätigen erreicht. Seitdem stieg die Zahl – mit konjunkturellen Schwankungen. Gleichzeitig veränderte sich aber die Struktur der Erwerbstätigkeit: Die Vollzeitbeschäftigung ging spürbar zurück, Teilzeitstellen und selbstständige Tätigkeiten nahmen zu.

„qualitativ ist das Bild äußerst durchwachsen“, schreiben die Forscher. „Atypische Beschäftigung wie auch die Niedriglohnbeschäftigung haben stark zugenommen und sich auf einem vorher nicht gekanntem Niveau eingependelt.“

Kein stärkerer Zuwachs bei Erwerbstätigen nach Hartz-Reformen. In einem zweiten Schritt verglichen die Wissenschaftler die Konjunkturzyklen seit Inkrafttreten der Agenda-Reformen mit dem Zyklus unmittelbar davor. Vorteil des Verfahrens: Da jeder Zyklus aus einem Auf- und dem darauf folgenden Abschwung besteht, lässt sich mit einem solchen Abgleich der Einfluss der Konjunktur auf die Erwerbstätigenentwicklung auf eine vergleichbare Basis stellen. Die Auswirkungen einer strukturellen Änderung wie der Hartz-Reformen müsste daher im Zyklenvergleich deutlich sichtbar werden, so die Wissenschaftler: „Jenseits der Konjunktur müsste die Arbeitsmarktentwicklung nach den Reformen signifikant besser sein als zuvor, wenn diese als beschäftigungspolitischer Erfolg gelten soll.“

Für die drei Konjunkturzyklen von 1999 bis 2005, 2005 bis 2009 und von 2009 bis heute beobachten Horn und Stein

jedoch keinen Positiv-Effekt. Eher das Gegenteil, wenn man berücksichtige, dass der Aufschwung im ersten Zyklus kürzer ausfiel als die beiden folgenden. Auf zeitlich vergleichbarer Basis gerechnet, stieg die Beschäftigung im Zyklus vor den Hartz-Reformen sogar ein wenig stärker an als in den beiden Durchgängen danach. Das lässt sich beispielsweise an der so genannten Beschäftigungsintensität ablesen, der prozentualen Veränderung des Erwerbstätigenniveaus, wenn die Wirtschaft um ein Prozent wächst. Sie lag im Aufschwung vor der Agenda bei 0,43 Prozent. In den beiden Nach-Agenda Aufschwüngen dagegen bei 0,35 beziehungsweise 0,39 Prozent. Die positive Beschäftigungsentwicklung sei also auf die Konjunktur zurückzuführen und nicht auf strukturelle Änderungen, so Horn und Herzog-Stein.

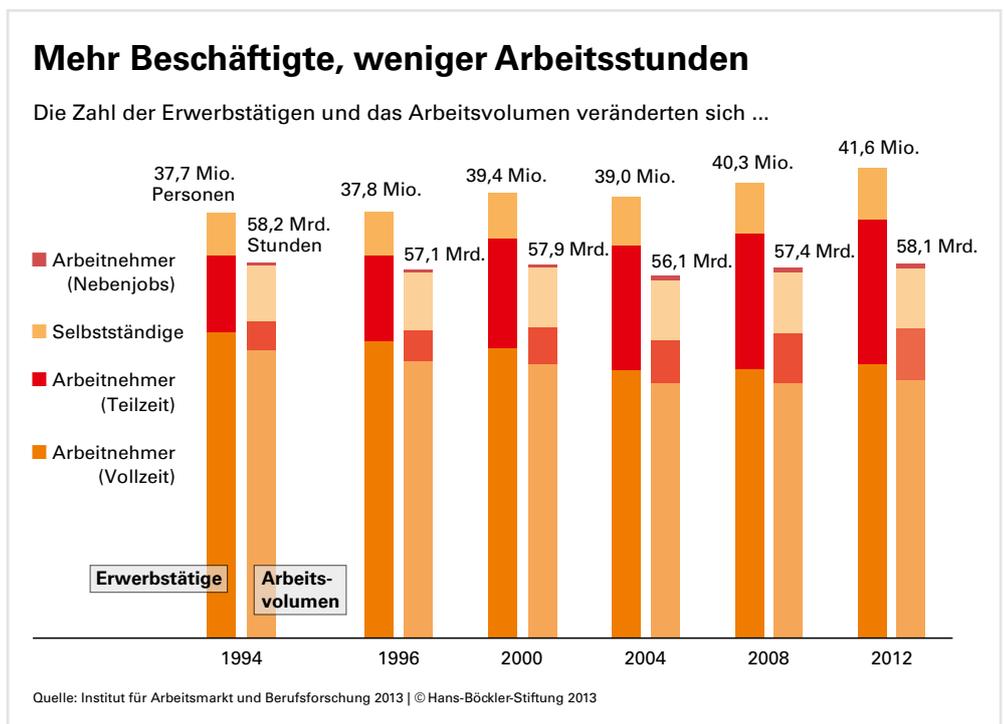
Jobsicherung in der Krise als Schlüssel zum Beschäftigungserfolg. Während sich die Beschäftigungsentwicklung im Aufschwung kaum unterschied, beobachteten die Forscher zwischen dem Abschwung des ersten und dem des zweiten Zyklus' starke Differenzen: In der langen Stagnationsphase zwischen 2001 und 2005 sank die Erwerbstätigkeit noch um 1,5 Prozent. Die Beschäftigungsgewinne der Vorjahre gingen zu einem guten Teil wieder verloren. Im scharfen, aber relativ kurzen Abschwung während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 nahm die Erwerbstätigkeit dagegen sogar ein wenig zu. Das sei bislang einmalig, schreiben die Forscher. „Es spricht einiges dafür, dass hier der Schlüssel für die Beschäftigungsrekorde“ der vergangenen Jahre zu finden sein könnte. „Wenn man von einem Jobwunder sprechen will, dann liegt es hier“, sagt Horn. „Denn der tiefe Einbruch der Produktion in den Jahren 2008 und 2009 hätte unter früheren Umständen zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit weit über die Fünf-Millionengrenze führen müssen.“

Mit den Hartz-Reformen habe der gelungene Erhalt von Beschäftigung aber wiederum nichts zu tun, betont der IMK-Direktor. „Wesentliche Teile wie beispielsweise die Deregulierung der Leiharbeit zielten ja genau in die andere Richtung: Die externe Flexibilität am Arbeitsmarkt sollte erhöht werden. Leichter einstellen im Aufschwung, leichter entlassen im Abschwung war das Modell.“

Konjunkturprogramme, Kurzarbeit und Arbeitszeitkonten. Dass es ausgerechnet in der schwersten Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren anders kam, erklärt der Wissenschaftler vielmehr mit zwei Faktoren, die in eine ganz andere Richtung wirkten: Erstens einem Politikwechsel der damaligen Großen Koalition. Nach anfänglichem Zögern betrieb die Regierung eine Stabilisierungspolitik aus Konjunkturprogrammen und erweiterter Kurzarbeit. Die machte es vielen Unternehmen

leichter, mit dem Nachfrageausfall fertig zu werden. Zweitens, so Horn, bewährte sich in der Krise die hohe interne Flexibilität in vielen deutschen Industrieunternehmen. Vor allem in größeren Betrieben hatten Management und Arbeitnehmervertretungen Regelungen ausgehandelt, nach denen Mehr- oder Minderarbeit auch über längere Zeiträume über Arbeitszeitkonten abgerechnet werden konnten.

Im Aufschwung sei dies den Unternehmen zugute gekommen. „Sie konnten die höheren Absatzzahlen mit längeren Arbeitszeiten ohne spürbare Mehrkosten bewältigen, was ihre Rentabilität deutlich steigerte“, erklärt Horn. Im Abschwung profitierten hingegen vor allem die Arbeitnehmer. „Sie wurden nicht entlassen, sondern ihre Arbeitszeit wurde bei nahezu unverändertem Einkommen gekürzt.“ Zusammen mit den Impulsen durch die Regierungsprogramme stabili-



sierte das nicht nur die Beschäftigung in den direkt betroffenen Betrieben, sondern es verhinderte über die stabilen Einkommen einen Einbruch des privaten Verbrauchs. So griff die Krise nicht auf die Dienstleistungssektoren über, und Deutschland konnte sich auch im internationalen Vergleich besonders rasch erholen.

Horns Fazit: „Der zweite Blick enthüllt, dass die gute Beschäftigungsentwicklung in Deutschland primär das Ergebnis einer guten Konjunktur und von flexiblen Arbeitszeiten ist.“ Die Reformen der Agenda 2010 hätten wahrscheinlich die Effizienz der Arbeitsvermittlung verbessert und den Druck auf Arbeitslose, sich eine neue Beschäftigung zu suchen, erhöht. Dies reiche aber nicht, um das „Arbeitsmarktwunder“ zu erklären. „Die Apologeten der Agenda 2010 verfallen bei ihren Feiern einer großen Illusion“, sagt der Ökonom. ◀

* Quelle: Gustav Horn, Alexander Herzog-Stein: Erwerbstätigenrekord dank guter Konjunktur und hoher interner Flexibilität, in: Wirtschaftsdienst 3/2013
 Link zur Studie: boecklerimpuls.de

Neue Maßstäbe für Wohlstand

Wohlstand bedeutet heutzutage mehr als stabile Preise, Wachstum und Beschäftigung. Ein schonender Umgang mit der Natur und der Abbau sozialer Ungleichheit spielen ebenfalls eine Rolle.

Fast ein halbes Jahrhundert ist es her, dass Karl Schiller, damals Wirtschaftsminister in der Großen Koalition, die wirtschaftspolitischen Ziele des „Magischen Vierecks“ formulierte: ein stabiles Preisniveau, ein hoher Beschäftigungsstand und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht in Verbindung mit einem angemessenen und stetigen Wirtschaftswachstum. Gilt dieser Handlungsrahmen noch? Oder muss eine Gesellschaft heute neue Ziele entwickeln, um ihre Zukunft zu sichern?

Mit diesen Fragen haben sich Sebastian Dullien, Wirtschaftsprofessor an der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft, und IMK-Forscher Till van Treeck eingehend auseinandergesetzt.* Dabei herausgekommen ist ein „**neues magisches Viereck für das 21. Jahrhundert**“: nachhaltige Staatsfinanzen, nachhaltiger Wohlstand, soziale und ökologische Nachhaltigkeit.

Die beiden Wirtschaftswissenschaftler verfolgen das Ziel, einen übergreifenden „sozial-ökologischen“ Rahmen zu entwickeln, der aber direkt beim aktuellen politischen und ökonomischen Status Quo anschließt. Deshalb bewegen sich ihre Überlegungen bewusst innerhalb der internationalen Verpflichtungen, die Deutschland eingegangen ist. Dazu gehören insbesondere

- ▶ das „**Six Pack**“ zur stärkeren Koordinierung von Fiskal- und Wirtschaftspolitik im Euroraum;
- ▶ der **Fiskalpakt**, der Verschuldungsregeln des „Six Pack“ in einem völkerrechtlichen Vertrag fixiert;
- ▶ der **Euro-Plus-Pakt** zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union und
- ▶ die **Europa-2020-Strategie** der EU-Staaten auf den Themenfeldern Beschäftigung, Armutsbekämpfung, Bildung, Forschung und Klimaschutz.

Diese Vorgaben beinhalten bereits einen Teil der von Dullien und van Treeck definierten Nachhaltigkeitsziele. Allerdings weisen sie „eine inhaltlich kaum zu rechtfertigende Hierarchie“ auf, kritisieren die beiden Forscher. So drohen beim Verletzen von Verschuldungsregeln empfindliche Strafen, die Verpflichtungen zum Klimaschutz hingegen „sind nicht mehr als Absichtsbekundungen der europäischen Regierungen, ohne Sanktionsmöglichkeiten“. Dabei habe ökologische Nachhaltigkeit mindestens ebenso großen Einfluss auf den Wohlstand künftiger Generationen wie eine Begrenzung der Schulden.

Zudem fehlten den bislang geltenden Vereinbarungen wichtige Indikatoren, ohne die sich Nachhaltigkeit überhaupt nicht messen lasse. Dazu zählen van Treeck und Dullien die private Verschuldung – „wie uns die US-Subprime-Krise ebenso wie die Euro-Krise in Ländern wie Irland und Spanien jüngst schmerzhaft vor Augen geführt hat“. Nicht-nachhaltige Verschuldungstrends des Privatsektors spielten beim „Six Pack“ nur eine untergeordnete Rolle, kritisieren die beiden Ökonomen. Auch das Ziel der sozialen Nachhaltigkeit verdiene mehr Beachtung. Denn wachsende Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen schwäche entwe-

der die Konsumnachfrage oder treibe die privaten Haushalte in die Verschuldung.

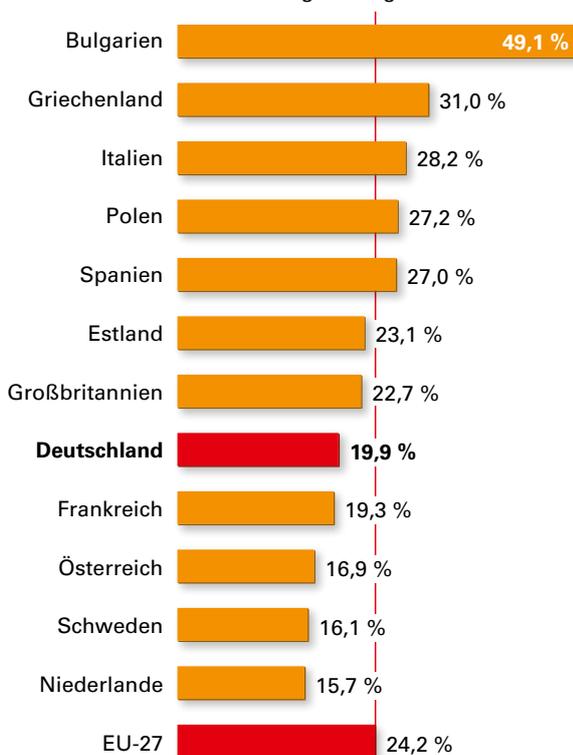
Die vier wirtschaftspolitischen Oberziele in ihrem neuen magischen Viereck sollten gleichberechtigt sein, betonen die Forscher – und sich anhand quantitativer Indikatoren konkret messen lassen. Ihre Vorschläge zu den einzelnen Zielen:

Materieller Wohlstand und ökonomische Nachhaltigkeit.

Ein hohes Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsvolumen sind weiterhin wichtige Maßstäbe, so van Treeck und Dullien. Allerdings stünden diese im Konflikt mit dem Ziel des

EU: Jeder Vierte ist arm

Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht* sind in ...



* Summe der Personen, die 2011 armutsgefährdet waren, unter materieller Deprivation litten oder in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit lebten; EU-Durchschnitt geschätzt
Quelle: Eurostat 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Umweltschutzes. Daher müsse jede Regierung eine Strategie entwickeln, wie damit umzugehen ist. Hinzu kommen als Indikatoren die privaten und staatlichen Konsumausgaben und ein symmetrisches Leistungsbilanzziel: Maximal drei Prozent Defizit beziehungsweise Überschuss halten die Wissenschaftler für ungefährlich. Denn: „Wie derzeit in der Euro-Krise deutlich zu sehen, bringen übermäßige Leistungsbilanzungleichgewichte die Gefahr von Schuldenkrisen mit sich, die den bislang erreichten Wohlstand gefährden.“ Und das gilt nicht nur für die Schuldner-, sondern auch für die Gläubigerstaaten.

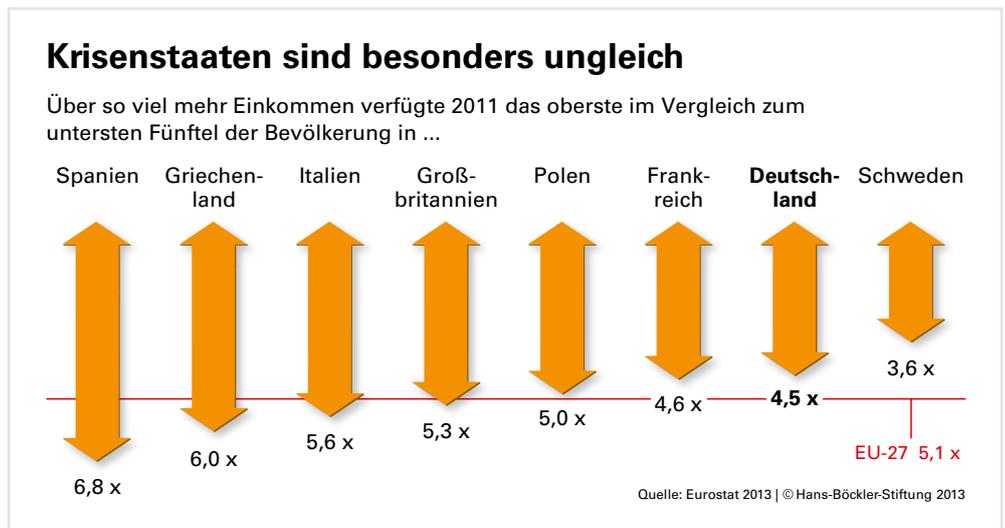
Nachhaltigkeit der Staatstätigkeit und der Staatsfinanzen. Hier sind einige Indikatoren bereits fest vorgegeben: Die Regeln der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse sowie Verpflichtungen auf europäischer Ebene, zum Beispiel aus dem Fiskalpakt. Als zusätzliche Messgröße empfehlen die beiden Wirtschaftswissenschaftler die Nettoinvestitionen des Staates. Denn zu geringe Investitionen in öffentliche Gebäude, Straßen oder das Schienennetz gefährdeten auf Dauer die Funktionsfähigkeit des Staates und dessen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand.

Soziale Nachhaltigkeit. Zentral sind hier zwei Verteilungsindikatoren: die Armutsquote und das Verhältnis zwischen den verfügbaren Haushaltseinkommen des obersten und des untersten Fünftels der Bevölkerung. Verbessern ließe sich die Verteilungssituation aus Sicht der Forscher über einen Mindestlohn zur Verringerung der Lohnspreizung, Quotenregelungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit sowie steuerpolitische Maßnahmen.

Ökologische Nachhaltigkeit. Für dieses Ziel haben Dullien und van Treeck die bereits vorhandenen Vorgaben berücksichtigt, also die Reduzierung der Treibhausgasemissionen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Verringerung des Primärenergieverbrauchs.

Als „Kernelement eines sozial-ökologischen Wohlstandsprojekts“ sehen die beiden Ökonomen allerdings das

Thema soziale Gerechtigkeit mit einem besonderen Fokus auf die Einkommensverteilung. Denn die akademische De-



batte habe „die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen zunehmend als ‚Megathema‘ im Zusammenhang mit den Oberzielen materieller Wohlstand, sozialer Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit identifiziert“. So seien zum Beispiel umfassende Arbeitszeitverkürzungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen unumgänglich, aber nur auf Basis einer gleichmäßigen Einkommensverteilung durchsetzbar. ◀

* Quelle: Sebastian Dullien, Till van Treeck: Ziele und Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik und Ansätze für einen neuen sozial-ökologischen Regulierungsrahmen, Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, November 2012
 Link zur Studie: boecklerimpuls.de

POLITIKER

Aufsteiger regieren sozialer

Die soziale Herkunft von Politikern beeinflusst ihre politischen Prioritäten. Eine Studie zeigt, dass Ministerpräsidenten aus einfachen Verhältnissen mehr öffentliche Mittel für soziale Zwecke mobilisieren.

Wie Menschen denken und fühlen, ist von ihren Erfahrungen abhängig – und damit auch von dem Umfeld, in dem sie aufgewachsen sind. Ob dies messbare Auswirkungen auf die Politik hat, haben Bernd Hayo und Florian Neumeier von der Universität Marburg untersucht.* Der Wirtschaftsprofessor und sein Mitarbeiter haben für die Jahre 1992 bis 2008 statistisch ermittelt, wie die Herkunft des Ministerpräsidenten auf die Haushaltspolitik des jeweiligen Bundeslands wirkt. Einbezogen wurden alle Bundesländer außer den Stadtstaaten. Das Ergebnis: Regierungschefs, die aus einer niedrigeren sozialen Schicht stammen, „geben signifikant mehr für öffentliche Sicherheit, Bildung, Forschung und Entwicklung, Soziales, Gesundheit und Infrastruktur aus“.

Weitere untersuchte Ausgabenbereiche waren öffentliche Verwaltung und Kultur. Hier zeigten sich jedoch keine Besonderheiten in Abhängigkeit vom sozialen Status des Ministerpräsidenten. Am stärksten fiel nach den Berechnungen

der Einfluss auf die Bildungsausgaben aus. Hier entsprachen die Unterschiede bis zu sieben Prozent des Landeshaushalts.

Die Wissenschaftler haben die Ministerpräsidenten nach den Kategorien Elternhaus und sozialer Status vor Beginn der politischen Karriere in verschiedene Gruppen eingeteilt. Der höchsten gehören etwa Roland Koch und Heide Simonis an, der Mittelklasse Sigmar Gabriel und Jürgen Rüttgers. Kurt Beck und Wolfgang Böhmer zählen zu den sozialen Aufsteigern. Dabei zeigt sich, dass die Unterschiede in den politischen Prioritäten zwischen Ober- und Mittelschicht geringer sind als zwischen der Mittelschicht und der unteren. Besonders Regierungschefs aus einfachen Verhältnissen machen sich für eine Politik stark, „die statusbezogene Unterschiede zwischen Menschen ausgleicht“, so die Forscher. ◀

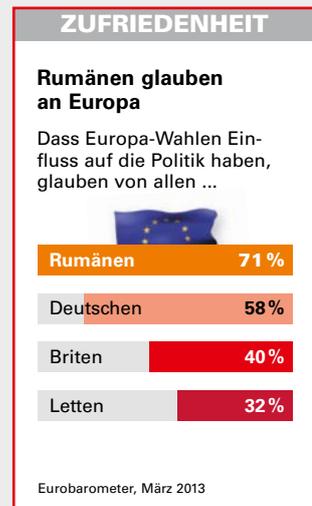
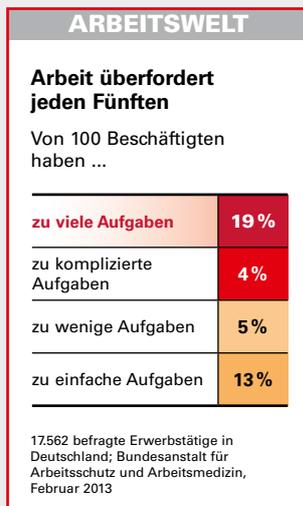
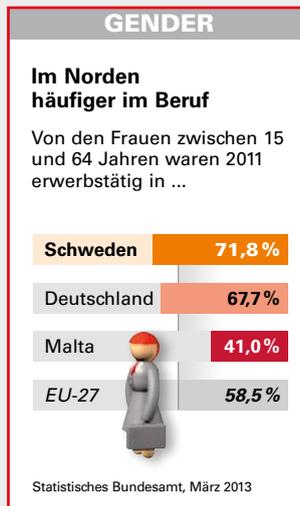
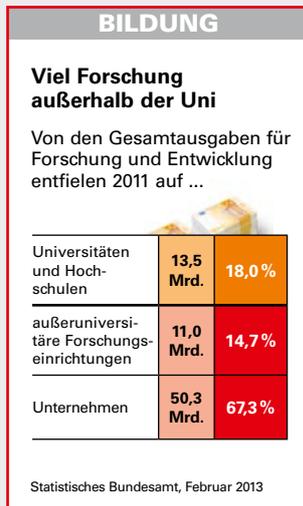
* Quelle: Bernd Hayo, Florian Neumeier: Leaders' Impact on Public Spending Priorities: The Case of the German Laender, in: *Kyklos* 4/2012
 Link zur Studie: boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,
 Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp
 Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei
 nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle),
 weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben
 unter boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **GENDER:** In Aufsichtsräten europäischer Konzerne sind Frauen nicht nur seltener vertreten als Männer, sie verdienen auch weniger. Das geht aus einer Studie der Unternehmensberatung Hay Group hervor, in die Daten von 390 börsennotierten Unternehmen aus zwölf europäischen Ländern eingeflossen sind. Demnach liegen die Bezüge der weiblichen Aufsichtsräte im

Mittel um neun Prozent unter denen der Männer. Am höchsten ist die Differenz in Italien mit 22 Prozent, Deutschland liegt mit einem Wert von 15 Prozent gleichauf mit Belgien und der Schweiz. Das Vergütungsgefälle erklären die Berater damit, dass die strategisch wichtigen und damit zusätzlich bezahlten Positionen nach wie vor meist mit Männern besetzt würden. Dass es auch an-

ders geht, zeigen die Unternehmen in Skandinavien: In Schweden und Finnland verdienen Frauen im Aufsichtsrat nur rund fünf Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, in Norwegen sind die Bezüge der Unternehmensaufseherinnen im Mittel sogar etwas höher als die der Männer.

Hay Group, März 2013

► **ARBEITSMARKT:** Die Arbeitsmarktchancen für Ältere haben sich zuletzt wieder verschlechtert. Im Februar 2013 waren laut Bundesagentur 1.012.000 Menschen über 50 arbeitslos gemeldet, gut 35.000 oder 3,6 Prozent mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Arbeitslosen insgesamt stieg im gleichen Zeitraum um rund 1,5 Prozent.

Arbeitsagentur, Februar 2013